

Indsteiner Zeitung

und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Indstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:
Die kleine Zeile 25 Pfg.
Reklamezeile 50 Pfg.

Mit der wöchentlich erscheinenden Beilage:
Des „Landmanns Sonntagsblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Indstein.

Bezugspreis
monatlich 60 Pfg. mit Bringerlohn.
Durch die Post bezogen:
— vierteljährlich 1 Mark 80 Pfg. —
— Siehe Postzeitungsliste. —

N^o 9.

Donnerstag, den 23. Januar

1919.

Politisches.

Die neue Verfassung Deutschlands.

Der Berliner „Abend“ meldet über die neue Verfassung Deutschlands: Das Reichskabinett beschäftigte sich am Mittwoch und Donnerstag mit dem Verfassungsentwurf, der der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Der förderative Charakter des Reiches wird in der neuen Verfassung gewahrt. An der Spitze soll ein Präsident stehen, der auf 10 Jahre gewählt wird. Die Regierung wird vom Reichskanzler und Reichsministern gebildet. Das Parlament würde sich aus einem vom gesamten Volke zu wählenden Volkshause zusammensetzen, dessen Mitglieder von den Volksvertretungen der Einzelstaaten gewählt werden. Das neue Deutschland soll sich nach dem Entwurf aus etwa 17 Freistaaten zusammensetzen. Preußen soll in 7 oder 8 Einzelstaaten aufgeteilt werden. Gebiete, die mehr als 2 Millionen Einwohner haben, können sich zu einem solchen Freistaat zusammenschließen. Dem „Lokalanzeiger“ zufolge ist in dem Verfassungsentwurf vorgesehen, daß folgende Gebiete sich zu selbständigen Freistaaten zusammenschließen können: Schlesien und Teile von Posen, Ostpreußen und Teile von Westpreußen, Brandenburg und Pommern mit den beiden Mecklenburg, die Stadt Groß-Berlin, Hannover und Ostfalen, Westfalen, das Rheinland, Hessen, Sachsen unter Einschluß preussischer Gebietsteile, Thüringen mit dem Regierungsbezirk Erfurt, Baden, Württemberg, Bayern, Hansestädte und schließlich Oesterreich und als besonderen Freistaat der Stadt Wien. Die einzelnen Freistaaten werden ihre Landesangelegenheiten nach eigenem Ermessen ordnen können, doch sollen gewisse Grundgesetze in die Reichsverfassung aufgenommen werden, die für alle verbindlich sind. Dabin wird unter anderem auch die Art des Wahlrechts gehören, das für alle Staaten des Reiches und auch für ihre Einzellandtage das für die Wahlen zur Nationalversammlung eingeführt werden dürfte. Eine Reihe von Hoheitsrechten wird ferner dem Reiche vorbehalten werden. Darunter auch die Landesverteidigung. Bei der Einteilung und Neubildung der verschiedenen Einzelstaaten scheint man übrigens nicht berücksichtigt zu haben, daß es kaum angängig sein

dürfte, bestehende einheitliche Wirtschaftsgebiete zu trennen.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 17. Jan. Wie die „Deutsche Allgem. Zeitung“ erfährt, sind bestimmte Entschlüsse über das Datum und über den Ort, an dem die Nationalversammlung tagen soll, noch nicht festgesetzt.

Nicht in Berlin.

Berlin, 18. Jan. Wie der „Lokalanzeiger“ erfährt, hat die Regierung nach reiflicher Überlegung sich nunmehr endgültig entschlossen, die Nationalversammlung nicht in Berlin zusammentreten zu lassen. Maßgebend bei dieser Entscheidung dürften in erster Linie die von Süddeutschland geäußerten Wünsche gewesen sein, die darauf ausgingen, die Konstituante an einem mehr zentral gelegenen Ort Deutschlands tagen zu lassen. Man wird also einen Ort in Mitteldeutschland zu wählen haben. Die Entscheidung dürfte gleichzeitig den Vorteil haben, daß die Nationalversammlung frei von Störungen arbeiten kann.

Der Waffenstillstand verlängert.

Trier, 17. Jan. Die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens ist heute abend 8 Uhr im Salonwagen des Marshalls Koch im Bahnhof in Trier unterzeichnet worden. Der Waffenstillstand läuft bis zum 17. Februar 1919, 5 Uhr. Die Verlängerung von einem Monat wird ebenso wie das letzte Mal vorbehaltlich der Zustimmung der alliierten Regierungen bis zum Abschluß des Präliminarfriedens ausgedehnt.

Entschlossenheit der preussischen Regierung in der polnischen Frage?

Berlin, 15. Jan. Das preussische Staatsministerium hat gestern eine mehrstündige Beratung über die Polenfrage gehabt und weittragende Beschlüsse gefaßt, aus denen, wie halbamtlich verlautet, hervorgeht, daß die Regierung fest entschlossen sei, einheitlicher als bisher den polnischen Übergriffen entgegenzutreten. Zur Regelung der Verhältnisse in Oberschlesien begibt sich heute abend der Minister Hirsch mit Kommissaren aller Ressorts nach Kattowitz.

Die Sozialisierung.

Die Beschlüsse des Essener A.-S.-R. und S.-Rates.

Die Konferenz der A.-S.-R. des Industriegebietes, die am Montag im städtischen Saalbau in Essen unter Teilnahme von Vertretern der freien, christlichen, Hirsch-Dunfischer und polnischen Organisation stattfand, beschloß einstimmig, die Maßnahmen des Essener A.-S.-R. bezüglich der Kontrolle des Kohlenyndikats und des Bergbaulichen Vereins gutzuheißen. Sie wählte eine Kommission von neun Vertretern aus den drei sozialistischen Gruppen, die dem Volkskommissar für die Sozialisierung des Bergbaus beigeordnet sind. Demonstrierende Bergleute forderten durch eine Abordnung von der Konferenz eine Erklärung für die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung. Die Konferenz entsprach diesem Wunsch einstimmig. Die Vertreter der sozialistischen Gruppen und aller gewerkschaftlichen Organisationen traten dieser Erklärung bei, worauf die Abordnung versprach, sich mit allen Kräften für die Wiederaufnahme der Arbeit am Dienstag Morgen einzusetzen. Die Konferenz beschloß ferner einstimmig die Ausschreibung von Wahlen für Bechenräte und für einen Zentralbechenrat. Die Ausarbeitung des Wahlreglements erfolgte unter Teilnahme von Gewerkschaftsvertretern. Zur Frage der Stilllegung von Bechenbetrieben durch gewaltsames Abhalten der Belegschaften von der Arbeit beschloß die Konferenz: In der neu geschaffenen Lage richtet sich jeder Streik nicht mehr gegen den Kapitalismus, sondern gegen die Arbeiter selbst und bedeutet eine Gefährdung der Sozialisierung. Deshalb fordert sie die Arbeiterschaft auf, überall die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die A.-S.-R. sollen den arbeitswilligen Belegschaften jede Hilfe leisten. „Wo gültliche Ueberredung versagt, soll jedes geeignet erscheinende Mittel angewandt werden, die Arbeiter vor Vergewaltigungen durch anarchistische Elemente zu schützen. Besonders bemerkenswert ist, daß auch dieser letzte Entschluß einstimmig mit Einschluß der Vertreter der Spartakusgruppe gefaßt wurde. Die Zahl der Streikenden hat sich am Dienstag stark vermindert. Die Morgenschiift trat auf einigen Bechen fast vollständig an.

Liebknecht-Lugenburg.

Berlin, 17. Jan. Das Verschwinden der Leiche von Frau Lugenburg ist noch nicht aufgeklärt.

Das kleine Paradies.

Roman von Irene v. Hellmuth.
Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Man hat ihn aus dem Theaterorchester entlassen. Weil er doch längere Zeit krank war und sich nicht vollständig getrafft fühlte, hieß es, er sei zu alt für seinen Posten. Mein Vater hat sich so schrecklich darüber gekränkt. Er wollte Haus und Garten verkaufen, denke doch, unser kleines Paradies, unser liebes, trautes Haus, an dem er mit allen Fasern hängt. Wir wollten es natürlich nicht zugeben — und da — da meinte Linda, wenn wir Zimmer vermieten und ich eine Stelle in der Stadt suchte, würde es schon gehen. Ich tat, was man von mir verlangte, obwohl es mir bitter schwer wurde, von meinem geliebten Garten zu scheiden. Ich war sehr unglücklich, als ich Abschied nahm. Zwei Tage ist das nun her. Aber bei der Frau, wo ich in Stellung war, konnte ich nicht bleiben. Nicht satt zu essen bekam ich, und in eine feuchte Dachkammer wurde ich gesteckt. Die Frau war so unfreundlich, kurz, das ging über meine Kraft. So lief ich heimlich weg. Und nun weiß ich nicht, wohin ich mich wenden soll, da ich doch Geld verdienen muß.“

„Ach, armes Kind“, murmelte der Assessor u. jagte Marias Hand, die er leise drückte. „Das ist eine Grausamkeit, ein unwissendes Kind in die Welt hinauszulassen.“

Mar sah ganz erschrocken drein.

„Ja, Maria, weißt Du denn nicht, daß man aus dem Dienst nicht so einfach wegläuft darf?“

Sie können Dir die Polizei auf den Hals hegen und Dich mit Gewalt zurückholen lassen.“

„Die — Polizei?“ stammelte Maria fassungslos.

„Ja, gewiß, Kind, heimlich davonlaufen darf man nicht. Das ist strafbar, und Deine Dienstherrschafft wird es sich kaum so ohne weiteres gefallen lassen.“

Maria sah sich angstvoll nach allen Seiten um, als wären die Verfolger schon hinter ihr.

„Nach doch dem armen Ding nicht so bang“, meinte der Assessor freundlich. „So schlimm wird es nicht werden.“

Maria warf ihm einen dankbaren Blick zu. Die beiden Herren schritt neben dem Mädchen die Straße hinab.

„Willst Du eine Tasse Kaffee oder Schokolade trinken?“ fragte Mar.

Da Maria lächelnd bejahte, traten sie alle drei in eine kleine gemütliche Konditorei.

„So und nun tüchtig zugehört“, ermunterte Mar seine Verwandte. Sie erinnerte sich, daß sie den ganzen Tag fast nichts gegessen hatte, leerte zwei Tassen des duftenden Getränkes und ließ sich auch die vorgelegten Kuchen wieder schmecken. Dabei war sie gesprächig und wader wie selten. Die beiden Herren hörten lächelnd zu.

„So, und morgen werde ich die Dame besuchen und mit ihr sprechen“, sagte Mar.

„Hoffentlich läßt sie mit sich reden, damit Dein unüberlegter Schritt keine üblen Folgen für Dich hat. Ich hoffe, es schon fertig zu bringen. Und Du — Du lebst doch diesen Abend nach Hause zurück?“

Maria schüttelte heftig den Kopf.

„Nein, nein; ich muß mir eine andere Stelle suchen, so bald als möglich. Zu Hause kann ich nicht bleiben, Mar, das mußt Du doch einsehen! Bedenke, nach zwei Tagen sollte ich zurückkehren, nein, das geht nicht. Ich würde mich schämen, wollte ich daheim herumstehen. Linda würde das auch gar nicht dulden. Daheim ist überdies gar kein Platz mehr für mich.“

Der Assessor sah sie mitleidig an.

„Aber Sie sind viel zu fein für eine solche Stellung“, sagte er. „Sie passen nicht für dergleichen. Könnten Sie nicht einen anderen Beruf ergreifen, zum Beispiel Musikunterricht erteilen?“

„Dazu kann ich zu wenig.“

Er wußte nicht, weshalb ihm der Gedanke, das junge Mädchen so ganz allein sich selbst zu wissen, so sehr beunruhigte. Maria tat ihm leid. Was wußte sie von den Gefahren der Großstadt, sie, die dem brandenden Leben so fern gestanden?

„Und was gedenken Sie nun zu tun?“ fragte er teilnehmend. Sie lächelte. Es tat ihr so wohl, daß er anscheinend sich um ihr Schicksal bekümmerte. Sie hätte immer so sitzen mögen, um seiner klangvollen Stimme zu lauschen.

„Ich werde in einem einfachen Gasthof übernachten“, sagte sie noch immer lächelnd, „denn für heute ist es bereits zu spät, um mich noch irgendwo vorzustellen und morgen wird sich schon etwas finden. In solch großer Stadt gibt es immer Gelegenheit, etwas zu verdienen.“

Er wollte sie zwar überreden, den Plan aufzugeben und nach Hause zu gehen, aber sie blieb fest. So suchten sie gemeinsam einen kleinen, gut

Alles Suchen war seither ergebnislos. Man glaubt, daß einige Personen den Körper in den Landwehrkanal geworfen haben. — Die Familie Marrusohn wurde gestern verhaftet, weil man glaubt, daß sie die Verbindung zwischen Liebknecht und seinen Anhängern aufrecht erhalten hat. — Die Garde-Kavallerie-Schützendivision teilt mit: Zur Feststellung, ob die beiden Führer der Begleitmannschaft von Dr. Liebknecht und Frau Rosa Luxemburg ihre dienstliche Pflicht erfüllt haben, ist die kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Der die Begleitmannschaft der Frau Rosa Luxemburg befehligende Offizier ist vom Dienst suspendiert, bis klargestellt worden ist, warum er zum Schutze der Frau Luxemburg nicht gegen das Publikum von der Waffe Gebrauch gemacht hat.

Berlin, 17. Jan. Durch den Spartakus-Terror der letzten Tage sind in Berlin sehr erhebliche Schäden an Gebäuden usw. angerichtet worden, die nach dem sogenannten Tumultgesetz von der Stadt Berlin ersetzt werden sollen. Bis gestern Abend sind Schäden in der Höhe von sechs Millionen Mark angemeldet worden. Es wird damit gerechnet, daß noch weitere Anmeldungen erfolgen. Der Magistrat der Stadt vertritt wie der deutsche Städtetag den Grundsatz, daß das Tumultgesetz auf die im Zusammenhang mit der Revolution entstandenen Schäden keine Anwendung finden könne. Da jedoch die Rechtslage streitig ist, soll beim Rat der Volksbeauftragten eine gesetzliche Neuregelung beantragt werden, nach der durch Reichsgesetz die einzelstaatlichen Tumultgesetze mit rückwirkender Kraft für nicht anwendbar erklärt werden und das Reich die Ersatzpflicht übernimmt.

Aus nah und fern.

Obstein, den 22. Januar 1919

— Die alten und die neuen Parteina-men.

1. Die früheren Konservativen sind in die Deutschnationale Partei übergegangen. 2. Die frühere nationalliberale Partei hat sich gespalten; der rechte Flügel hat sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen, der linke der Deutschen demokratischen Partei. 3. Die frühere Fortschrittliche Volkspartei ist geschlossen in der Deutschen demokratischen Partei aufgegangen. 4. Die sozialdemokratische Partei hat sich in zwei Parteien gespalten, die sogenannten Mehrheitssozialisten und die „Unabhängigen“, die beide dasselbe Programm vertreten. 5. Die Zentrumspar-tei hat sich den Untertitel Christliche Volkspartei gegeben.

— Der Stimmzettel der Zentrumspar-tei zur Preussischen Landesversammlung: 1. Jean Albert Schwarz, Mittelschullehrer, Frankfurt a. M. 2. Andreas Riehl, Amtsgerichtsrat, Fulda. 3. Heinrich Herkenrath, Redakteur, Limburg a. L. 4. Conrad Aug. Drinnenburg, Rechnungsrat, Fulda. 5. Oskar Wentrup, Rechtsanwalt, Montabaur. 6. Hermann Joseph Geil, Maurermeister, Oberlahnstein. 7. Dr. Otto Hindrichs, Kreisschulinspektor, Höchst a. M. 8. Joh. Weimer, Ausläufer, Hanau. 9. Carl Sunkel, Metzgermeister, Fulda. 10. Georg Rompel, Landwirt, Lindenhofshausen. 11. Georg Gotthardt, Volksvereinssekretär, Frankfurt a. M. 12. Peter Schmitt, Lehrer, Fulda. 13. Leopold Ruppel, Amtsrichter, Camberg. 14. Dr. med. Caspar Müller, Arzt, Ransbach, Westerwald. 15. Frau Helene Dux, Fulda. 16. Ludwig Angeheuer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M. 17. Emil Albert, Pfarrer, Fulda. 18. Alois Hild, Pfarrer, Niederklein. 19. Wiffel, Bürgermeister und Landwirt, Büdingen (Oberwesterwald). 20. Wilhelm Rübling, Landwirt, Poppenhausen (Rhön). 21. Adam Dill, Lokomotivführer, Limburg a. d. L. 22. Damian Heinrich, Landwirt, Rommerz, Kreis Fulda.

— **Zulagen für Rentenempfänger.** Personen, die auf Grund der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung eine Altersrente beziehen, wird für die Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1919,

bürgerlichen Gasthof auf und die Herren empfahlen die junge Dame der besonderen Fürsorge des Hauswirts. Maria schlief tief und fest in dieser Nacht.

VI.

Als Maria am andern Morgen beim Frühstück saß, fühlte sie sich ungemein erfrischt. Voll Zuversicht, voll Hoffnung, daß das Geschick auch für sie noch bessere Zeiten im Gefolge haben werde, nahm sie die Zeitungen, die der freundliche Wirt ihr dienstfertig brachte und suchte die Inserate durch. Zu einer in die Augen fallenden fettgedruckten Annonce lehrte ihr Blick immer wieder zurück.

„Gesucht für sofort jüngeres, besseres Mädchen in kleine Familie. Vorzustellen zwischen 9 u. 12 Uhr vormittags, Blumenstr. 6, 1. St.“ Maria sah nach der Uhr. Es war gerade neun vorbei. Sie machte sich sofort auf den Weg. Die bezeichnete Straße war in etwa einer Viertelstunde erreicht. Mutig stieg sie die Treppe hinauf und läutete. Sie mußte etwas lange warten, dabei fiel ihr Blick auf ein kleines Schild an der Türe.

„Alara Manders, Wwe.“, stand darauf.

eine monatliche, im voraus zahlbare Zulage von 8 Mark zu ihrer Rente gewährt. Die Zulage wird von der Postanstalt, bei der der Rentenempfänger seinen Rentenbetrag erhält, gegen Vorlegung einer besonderen Quittung gezahlt. Die Bordrucke zu den Zulagequittungen werden von den Ortspolizeibehörden verabfolgt. Die seitherigen Zulagen an Personen, die eine Invaliden-, Witwen-, Witwerrente oder Verletztenrente aus der Unfallversicherung beziehen, werden vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1919 wie in der bisherigen Weise weitergezahlt werden.

A Bernbach, 20. Jan. Unser Gemeinde-rechner Wlth. Baum steht nunmehr 25 Jahre in Gemeinbediensten. Er hat sein Amt zum Wohle der Gemeinde geführt und sein Entgegenkommen wird ihm die Anerkennung aller Bürger sichern.

Erbenheim, 16. Jan. Vonseiten der Militärkommandantur sind hier vier Landwirte festgenommen worden, in deren Besitz militärisches Plünderungsgut gefunden worden war. Die beschlagnahmten Gegenstände rührten aus einem aus dem Westen auf hiesiger Eisenbahnstation eines Tages eingetroffenen Zuge mit Heeresgut her, welcher vollständig ausgeplündert wurde. Die Festgenommenen wollen die Sachen gutgläubig von Soldaten gekauft haben.

Erbenheim, 17. Jan. Durch den Zimmermeister Wilhelm Heuß wird die Alhornallee unserer Wiesb. Landstraße bis zur Friedenstraße gelichtet, indem immer der zweite Baum entfernt wird. Das Oberholz wird sofort an Ort und Stelle als Brennholz und die Stämme als Werkholz verkauft.

Mainz, 16 Jan. Wegen verschiedener Verfehlungen war der 45jährige Kaufmann Dreyfuß, Kaiserstraße dahier wohnhaft, in Haft genommen worden. In der vergangenen Nacht beging er Selbstmord durch Erhängen.

Aus dem Main- u. Rheingebiet. Ein blühender Pferdehandel, an dem sich die Landwirte oft mit bestem Erfolg beteiligen, hat sich in den letzten Tagen im unteren Main- und mittleren Rheingebiet entwickelt. Nachdem bei dem Rückzug der deutschen Heere die sogenannte neutrale Zone überschritten war und die Truppenverbände ihre neuen Standquartiere bezogen hatten, erstanden Tausende von Landwirten, die nie ein Pferd im Stalle gehalten hatten, eins oder mehrere der sehr billig abgegebenen Militärpferde. Diese mußten oft zu richtigen Schleuderpreisen abgesetzt werden, da als Käufer zunächst das besetzte Gebiet nicht in Betracht kommen konnte. Nach Oeffnung der westlichen Sperrgrenze ändert sich seit einigen Tagen mit einem Schlage das Bild. Die Pferde sind jetzt bereits wieder zu einem sehr gesuchten Handelsartikel geworden. Tiere, die vor drei bis vier Wochen zu 250—300 Mark und oft noch billiger eingekauft wurden, kosten heute 800—1900 Mark. Es sind zahlreiche Fälle bekannt, wo der Käufer besonders schöner Tiere in kürzester Zeit seine 1500 bis 2000 Mark verdiente.

Nieder-Engelheim, 17. Jan. Einige hiesige Wirte haben den Verkaufspreis für das Viertel-liter 1918er Wein von 1 Mark auf 65 Pfennige festgesetzt. Für die Weintrinker bedeutet dies eine recht annehmbare Ueberraschung. Anderwärts ist eine Herabsetzung auf 80 Pfennige für den halben Schoppen erfolgt.

Andernach, 17. Jan. Hier stießen ein Eis- und ein Rangierzug zusammen. Dabei wurde ein Wagen die etwa fünf bis sechs Meter hohe Böschungsmauer hinuntergeschleudert. In dem Wagen waren sechs Pferde, von denen zwei so schwere Verletzungen erlitten, daß sie sofort abgeschlachtet werden mußten. Die übrigen vier Pferde wurden gleichfalls stark geschädigt.

Darmstadt, 17. Jan. Das Spiel mit der Handgranate. Ein 12jähriger Knabe spielte mit dem Zünder einer Handgranate. Hierbei entlud sich der Zünder und riß dem Jungen die linke Hand ab.

Maria fühlte einen heftigen Schreden ihr Innerstes durchzuden. Wenn hier die schöne Berta Manders wohnen sollte! Und sie, sie sollte hier als Dienstmädchen eintreten, sollte vielleicht mit ansehen, wenn er seiner Braut den Verlobungsfuß auf den roten, schwellenden Mund drückte, sollte die nedenden, losenden Liebesworte hören, die die schöne Braut mit dem Verlobten tauschte! Nie und nimmermehr würde sie das können, ohne sich zu verraten, ohne merken zu lassen, wie es um sie stand! Den Zustand ihres Innern durfte aber niemand ahnen, wenn sie nicht vergehen sollte vor Scham. Alle diese Gedanken jagten durch das Hirn der Wartenden. Sie überlegte blühschnell, ob es nicht am besten wäre, sofort wieder umzukehren. Schon wandte sie sich der Treppe zu, als die Flurtür geöffnet wurde. Im Rahmen derselben erschien eine sehr corpulente Dame, in einen schlecht sitzenden, weiten, türkischen Morgenrock gehüllt, der verschiedene Flecken aufwies. Die Frisur unordentlich aufgesteckt, machte sie einen nicht eben günstigen Eindruck.

(Fortsetzung folgt.)

Groß-Gerau, 17. Jan. Ein schwerer Unglücksfall hat sich auf der Strecke Schönauehof-Nauheim ereignet. Wegen Ueberfüllung des Arbeiterzuges hatten u. a. auch drei junge Leute auf dem Trittbrette eines Wagens Platz genommen, und wurden von einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Zug erfasst. Während einem jungen Manne aus Nauheim der Rucksack abgerissen wurde, er selbst aber mit heiler Haut davon kam, wurden die beiden anderen, die 16jährigen Söhne des Heinrich Schadt Sr. und Heinrich Schwab von hier, übel zugerichtet. Sie kamen durch ein franz. Automobil ins hiesige Krankenhaus, wo Schadt mit gebrochenen Beinen und einer Kopfwunde bald darauf starb. Dem Schwab der ebenfalls an Kopf und Fuß verletzt ist, wurden zwei Zehen abgenommen.

Elzville, 16. Jan. Ab Sonntag ist die Sper-rung des Fernsprechers innerhalb des Rheingaus aufgehoben. Nur von Gasthäusern und Hotels aus darf auch ferner nicht gesprochen werden.

Bingerbrück, 16. Jan. Fünf hier in Arbeit stehende Bergleute, welche nachts auf dem Güterbahnhof Eisenbahnwagen beraubten, wurden verhaftet. Bei den vorgenommenen Hausdurchsuchungen fand man bei einem der Verhafteten einen im Bett versteckten Revolver. Dieser Missetäter wurde der französischen Militärbehörde ausgeliefert, die ihn gefesselt abführte. Er wird schwer bestraft werden.

Oppenheim, 16. Jan. Aus dem der hiesigen Stadt gegenüber gelegenen Schusterwört stürzte ein Flugzeug brennend ab, das völlig in Flammen aufging. Die beiden Insassen des Flugzeuges fanden den Tod.

Köln, 15. Jan. (Franz. Funkspruch.) Von verantwortlicher militärischer Seite wird die sofortige Aufnahme des Luftdienstes Paris-Brüssel mit Postabwurf in Lille bekanntgegeben. Die Flieger gehören der Armee an und werden dem Pariser Festungsgeschwader entnommen werden. Die Entfernung Paris-Brüssel über Lille beträgt 300 Kilometer.

Von der Mosel, 17. Jan. Verunglückt sind zwei französischen Soldaten, die an einem Bahndurchlaß bei Wümmingen Wache standen. Der eine Soldat wollte über das Gleis gehen als gerade ein Zug durchgefahren war und wurde dabei von einer Lokomotive erfasst, die aus der entgegengesetzten Richtung kam. Sein Kamerad wollte ihm Hilfe leisten, wurde von der Lokomotive überfahren und war sofort tot. Der andere Soldat war sehr schwer verletzt: den hohen Bahndamm hinuntergeschleudert worden. Er wurde nach Koblenz geschafft.

Kassel, 15. Jan. Staatssekretär Erzberger ist gestern, von Verhandlungen in Süddeutschland kommend, in Kassel eingetroffen. Er blieb dort bis gegen Mittag. Gleichzeitig waren anwesend Graf Oberndorff und Kapitän v. Vanselow.

Schmalkalden, 16. Jan. Mehrere Schulknaben eigneten sich von durchziehenden Truppen in Aue ein Gewehr und Munition an. Einer gab einen Schuß ab, durch den zwei Knaben getötet und einer schwer verletzt wurde.

Dortmund, 10. Jan. Skandalöse Verhältnisse im hiesigen Kriegswirtschaftsamt kamen heute in einer Anklagesache zur Sprache, die sich gegen die 18 Jahre alte Kontoristin Mathilde Schwarze richtete. Das Mädchen war in der Lebensmittelkartenausgabestelle tätig und hat während dieser Zeit unrechtmäßigerweise fortlaufend Buttermarken veruntreut und auf diese etwa drei Zentner Butter bezogen, womit sie ihre Angehörigen und bekannte Personen versorgte. Die Angeklagte behauptete, daß sie die Sache für nicht so schlimm gehalten habe, weil sie nicht allein, sondern ihre Umgebung, darunter auch ihr Vorgesetzter, sich fortlaufend Hunderte von Fleisch- und Buttermarken habe aus-händigen lassen. Im Laufe des vorigen Jahres sind beim Kriegswirtschaftsamt Veruntreuungen von Angestellten vorgekommen, die auch entlassen und bestraft worden sind. Aufsehen mußte die Mitteilung der Angeklagten erregen, daß sie dem Abteilungs-vorsteher, Bürgermeister a. D. Kohl, jedes Vierteljahr Hunderte von Fleisch- und Buttermarken aus-händigen mußte. Der als Zeuge vernommene Bürgermeister Kohl verweigerte auf die diesbezüglichen Fragen die Auskunft. Diese Tatsache gab dem Vertreter der Anklage Veranlassung, zu erklären, daß er gegen den Bürgermeister a. D. Kohl die Voruntersuchung einleiten werde. Bezüglich der Angeklagten Schwarze erkannte das Gericht auf Einstellung des Verfahrens, weil angenommen wurde, daß sie verführt worden sei und unter dem Einfluß ihrer Umgebung die strafbaren Handlungen begangen habe.

Berlin, 17. Jan. Nach den vorliegenden Meldungen nimmt die Lage in Oberschlesien immer bedrohlichere Gestalt an. Da die Verhandlungen in Katowitz, die in der Hauptsache um die Forderung der Bergarbeiter nach einem Zuschuß von 800 Mark geführt wurden, zu keinem Ergebnis kamen, sind die Berliner Regierungsvertreter Pirsch und Landsberg heute wieder nach Berlin zurückgereist. Die Arbeiterssekretäre und Arbeiter verhandeln weiter. Es besteht jedoch wenig Aussicht auf Einigung, so daß der Generalstreik nach Erklärung der Arbeiter unmittelbar bevorsteht. Ueber Prognostik und Umgebung wurde der Belagerungszustand verhängt. Im Kreise

Lublinitz und besonders in den ländlichen Kreisen Oberschlesiens ist eine Art agrarischer Streik aufgetaucht. Die Bauern wollen für den Industriebezirk keine Lebensmittel mehr liefern, da sie keine Kohlen mehr erhalten. Sie fangen an, besonders im Kreise Lublinitz, die Gehöfte zu bewaffnen.

Berlin, 17. Jan. Wie die „Tägl. Rundschau“ meldet, will die Regierung alsbald nach den Wahlen eine Verordnung herausbringen, die der Hamsterei ein Ende bereiten soll. Den Einzelhaushalten soll nicht mehr belassen werden als ein Kilo Fleisch, ein Pfund Butter, Fett oder Speck. Was darüber ist, soll der Beschlagnahme verfallen und zu Höchstpreisen übernommen werden. Auch an Cerealien darf nicht mehr als ein Kilo vorhanden sein. Auch die Gastwirtschaften sollen von dieser Beschlagnahme getroffen werden. Der Bevölkerung wird eine Anmeldefrist der bei ihr befindlichen Hamstervorräte gestellt und nach deren Ablauf soll in den Wohnungen eine Hausdurchsuchung stattfinden.

Erzberger über den Ernst der Lage. In einer Wählerversammlung in Ulm erklärte Staatssekretär Erzberger, daß im Volke wenig Verständnis für den Ernst der gegenwärtigen Lage vorhanden sei. Wenn bis Februar keine Nationalversammlung zusammentreten könne, würden uns ungeheure Verschärfungen der Waffenstillstands- und Friedensbedingungen drohen, die unserem Volke ein Sklavensoch auf Jahrzehnte auferlegen würden.

Nach der „Freiheit“ ist Käthe Duxer in ihrer Wohnung festgenommen und nach Moabit gebracht worden. Dasselbe gilt von dem Herausgeber der „Aktion“, Franz Pfemfert, und seiner Frau. Auch der Schriftsteller Karl Hein und seine Frau wurden verhaftet.

Die Wahlen zur Nationalversammlung. Wiesbaden: Endgültiges Ergebnis: 14978 Sch., 11376 R., 8608 M., 18973 E., 794 B., 1810 D. Frankfurt a. M.: 109372 Sch., 22252 R., 28433 M., 58641 E., 10708 B., 10751 D., 291 Wählermann.

Ohne Gewähr kann folgendes Gesamtergebnis aus unserem Wahlkreise Hessen-Nassau mitgeteilt werden: Demokraten 175 000, Sozialdemokraten 354 000, Nationalliberale 46 000, Konservative 71 000, Zentrum 106 000, Unabh. Sozialdemokraten 28 000.

Ueber das Ergebnis der Wahlen im Reich konnten wir bis jetzt folgendes erfahren: Die frühere reaktionäre Mehrheit kann ein für allemal als erledigt angesehen werden. Das Zentrum wird wohl in größerer Stärke wiederkehren; aber voraussichtlich doch geschwächt gegenüber seinem Reichstagsbestande. In Bayern hat das Zentrum 13 Sitze eingebüßt. Die Konservativen zählten mit ihrem Anhängel im letzten Reichstage 72; bis jetzt sind 23 als gewählt zu rechnen. Dasselbe Schicksal teilt die Deutsche Volkspartei (Rechtsnationalenliberalen), die jetzt 14 Sitze hat, früher 48.

Die Deutsche demokratische Volkspartei hat bis jetzt 54 Sitze (gegen 46 vorjährl. im Reichstage) und kann noch auf 20-30 Mandate hoffen. Die bisherigen Teilergebnisse sichern den Mehrheitssozialdemokraten bereits 122 Sitze und auf über 50 weitere Sitze können sie rechnen; ob aber ihre Zuwachs für die alleinige Stellung der Mehrheit oder etwa zusammen mit den Unabhängigen ausreichen wird, läßt sich noch nicht sagen. Nach Abzug der elsass-lothringischen Mandate bleiben 421 Sitze, also würde die Mehrheit 211 betragen.

In Bayern (ohne Palz) wurden insgesamt gewählt: 14 Mehrheitssozialisten, 1 Unabhängiger, 15 Zentrum, 4 Demokraten, 4 Bauernbündler, 1 Konservativer.

Die Nationalversammlung ist auf den 6. Febr. nach Weimar einberufen.

Berichtigung. In Eschenbahn wurden für die Liste Scheidemann 36 Stimmen und nicht 88 abgegeben, was hiermit richtig gestellt wird.

Tanz-Unterricht.

Mein diesjähriger

Tanzkursus

beginnt am 29. Januar abends 7 Uhr (franz. Zeit) im Gasthaus zum „Löwen“.

Einer recht zahlreichen Beteiligung entgegengehend, zeichnet

hochachtungsvoll

Gustav Baum, Tanzlehrer.

NB. Die geehrten Teilnehmer werden gebeten, sich bis spätestens Sonntag bei mir zu melden.

Vor einiger Zeit ist ein Damen-Regenschirm mit hellem Griff stehen geblieben. Wiederbringer Belohnung.

Frau Pechholz.

Verordnung.

1. Sämtliche Personen, welche sich Material irgend welcher Art angeeignet haben, das früher Eigentum der deutschen Militärbehörde war, sind verpflichtet, dasselbe sofort der französischen Militärbehörde zwecks Rückgabe anzumelden. Jeder Besitzer, welcher diese Meldung **spätestens bis zum 25. Januar** nicht erstattet, wird vor ein Kriegsgericht gestellt.

2. Da jede Eigentumsübertragung bezw. Uebergabe durch die Arbeiter- und Soldatenräte ungeschehen ist, sind alle Personen, welche auf diese Weise Material erworben haben, meist zu Preisen, welche dem wirklichen Wert nicht entsprechen, verpflichtet, unter denselben Bedingungen eine entsprechende Meldung zu erstatten. Jeder Zuwiderhandelnde wird den Personen gleichgestellt, welche Material entwendet haben.

3. Die Anmeldungen haben bei der Platzkommandantur Mainz, bei den Ortskommandanturen der Gemeinden, in denen französische Truppen untergebracht sind, bei den französischen Etappenkommandanturen oder bei den Militärverwaltern zu erfolgen. Hauptquartier, den 9. Januar 1919.

Der Oberbefehlshaber der 10. Armee: Mangin.

Die französische Militärbehörde erläßt folgende Erklärung zu vorstehender Verordnung vom 9. Januar 1919:

„Indem die französische Militärbehörde die Wiedererstattung dieser Gegenstände oder ihres Wertes verlangt, hat die französische Militärbehörde jedoch nicht die Absicht, diejenigen (Gesellschaften oder Einzelpersonen) zu verfolgen, die sie in gutem Glauben gekauft oder erhalten haben.“

Aber, obwohl dieser Befehl vor allem die Gesellschaften oder Einzelpersonen im Auge hat, welche über die Herkunft nicht im unklaren sein konnten, als sie diese Gegenstände gekauft, erhalten oder sich selbst genommen haben, so ist es trotzdem nötig, daß auch alle diejenigen, welche aus 2. oder 3. Hand Gegenstände gekauft haben, von welchem sie vermuteten, daß die Bestände dem deutschen Heere entstammen, sei es durch die Beschaffenheit oder durch die darauf angebrachten Zeichen, ohne Verzug eine Erklärung abgeben. Diese Vorschrift hat den Zweck, ihnen den Schutz des guten Glaubens und folglich die Sicherheit vor jeder Verfolgung zu Teil werden zu lassen.

Die französische Militärbehörde wird infolgedessen die Erklärungen, welche von den mehrmals verkauften Gegenständen handeln, prüfen, und wird in keinem Falle die Erstattung dieser Gegenstände oder ihres Wertes zweimal verlangen.“ Wird veröffentlicht.

Langenschwalbach, den 20. Januar 1919.

Der Landrat: von Trotha.

Wird veröffentlicht und werden alle Personen, welche solches Material erworben haben, aufgefordert, bis zum 25. d. Mts. Meldung bei mir zu erstatten.

Idstein, den 21. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Bekanntmachung

für die Verwaltungen sämtlicher Brückenköpfe.

Um den deutschen Lokalbehörden zu gestatten, die Leitung der Verwaltungen, die seither durch die Organe in Berlin und Frankfurt ausgeübt wurden, endgültig in die Hand zu nehmen, ist in Wiesbaden ein „Office Général d' Ravataillement“ (O. G. R.) unter dem Vorstehe des Herrn Regierungspräsidenten v. Meißner, dem zwei Regierungsräte beigeordnet wurden, errichtet worden.

Dieses O. G. R. umfaßt vier Hauptabteilungen:

I. Lebensmittelversorgung.

II. Kohlenversorgung.

III. Versorgung mit jeglichem Bedarf auf dem Gebiete des Handels und der Industrie.

IV. Landwirtschaft.

Jede dieser Sonderabteilungen besteht aus einem mit der Verwaltung derselben beauftragten Beamten und aus mehreren Mitgliedern, die aus Fachkreisen unter angesehenen Händlern, Kaufleuten, Industriellen und Landwirten des Bezirks ausserwählt werden. Eine gewisse Anzahl derselben, und zwar stets dieselben Personen, können die Erlaubnis zum freien Verkehr innerhalb des Bezirks und selbst in den unbefestigten Gebieten Deutschlands, so weit die Versorgungsbedürfnisse dies erforderlich machen, erhalten: in letzterem Falle muß jedoch die Genehmigung des „Général Commandant l'Armée“ (Kommandierenden Generals) eingeholt werden.

Je nach Bedarf können Zusammenkünfte, so oft sich solche als notwendig erweisen, von jeder dieser Abteilungen entweder im Regierungsgebäude oder in anderen Städten stattfinden.

Die Namen der von dem Regierungspräsidenten bezeichneten Mitglieder, aus denen die einzelnen Abteilungen bestehen, werden später veröffentlicht.

I. Lebensmittelversorgung.

Die Aufgabe, die dieser Abteilung obliegt, ist: 1. Zusammenstellung der Bestände und Verteilung an die Einwohnerschaft der gesamten

Erzeugnisse, die auf dem Boden des Bezirks hervorgebracht werden können.

2. Feststellung des Defizits, das durch Sendungen aus dem Reiche zu ergänzen ist.

3. In dem unbefestigten Deutschland die hierauf Bezug habenden Anträge zu stellen.

4. Sicherstellung der Beförderung der aus dem Reiche kommenden Sendungen und deren spätere Verteilung an die Bevölkerung.

Die französische Behörde will sich nicht in die Frage, wie die Versorgung im einzelnen geschieht, wie die Lebensmittel, sowohl unter die einzelnen Bezirke als auch von dem nichtbefestigten Teil unter das besetzte Gebiet bestrahlt und verteilt werden, einmischen. Diese Fragen gehen lediglich die deutschen Behörden an, die allein die Verantwortung für die ordnungsgemäße Ausführung tragen. Die französischen Behörden behalten sich nur das Recht vor, die Handlungen der deutschen Lokalbehörden zu überwachen, um sie gegebenenfalls zu zwingen, den tatsächlichen Bedürfnissen des Bezirks gerecht zu werden.

II. Kohlenversorgung.

Die Aufgabe der Kohlenversorgungsstelle besteht

1. darin, für die Lieferung der für Heizung und Küchen nötigen Kohlen zu sorgen;

2. für die Belieferung des zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens notwendigen Betriebe, wie Gas- und Elektrizitätswerk, nötigen Brennmaterials aufzunehmen;

3. den Bedürfnissen des wirtschaftlichen und industriellen Lebens, das, so weit wie möglich, wiederhergestellt werden soll, nachzukommen.

Es wurde für nötig erachtet, eine Sonderabteilung für Kohlen zu errichten angesichts der Wichtigkeit, welche dieser Frage im Bezirk zukommt und namentlich angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten, die deren Beschaffung im Wege stehen.

III. Abteilung für Handel und Industrie.

Diese Abteilung ist anzusehen als das ausführende Organ für den Bezirk Wiesbaden und des wirtschaftlichen Ausschusses mit dem Sitz in Mainz. Die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens im Mainzer Brückenkopf und im Südbereich des Koblenzer Brückenkopfes wird einzig und allein von der Rührigkeit dieser Abteilung abhängen.

Eng verbunden mit Handel und Industrie ist die Bankfrage. Es erschien daher notwendig, den Mitgliedern der vorgenannten Abteilung einen Vertreter aus Bankkreisen anzugliedern, der alle den Bezirk angehenden Fragen behandeln kann, in erster Linie auch solche, die die Stadt Wiesbaden betreffen, dessen gesellschaftliche Zusammenfassung durch die große Anzahl von Rentnern, die ihren Wohnsitz hier gewählt haben, ein besonderes Gepräge aufweist.

IV. Landwirtschaftliche Abteilung.

Angesichts der engen, zwischen Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung bestehenden Beziehungen war es notwendig, diese Abteilung der O. G. R. anzugliedern. Es ist in der Tat unmöglich die Fragen der Lebensmittelversorgung zu lösen, wenn man nicht lange im voraus Maßregeln ergreift, die ein normales Erträgnis des sehr reichen Bodens von Hessen-Nassau durch Bearbeiten desselben sicherstellen.

Wiesbaden, den 9. Jan. 1919.

L'Administrateur du District de Wiesbaden. gej. Pineau.

Bekanntmachung.

Die Frist zur Einreichung der **Umsatzsteuer-Erklärung** endigt am 31. Januar d. Js. Zur Abgabe dieser Erklärung sind verpflichtet alle **Gewerbetreibende, Handwerker und Landwirte**, soweit der Gesamtbetrag der für Lieferungen bezw. Leistungen vereinnahmten Entgelte im Kalenderjahr mehr als 3000 Mark (für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1918 = 1250 Mark) beträgt.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark nach sich. Wer über den Betrag der vereinnahmten Entgelte wissenschaftlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, wird mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer bedroht. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100 000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Die Hebestelle der Entrichtung von Umsatzsteuer befindet sich im Rathaus, kleines Zimmer, und ist geöffnet von 10-11 Uhr vormittags.

Idstein, den 22. Januar 1919.

Der Magistrat — Umsatzsteueramt. Leichtfuß.

Wege Sperre.

Die sogenannte **Hohestrage** wird bis auf weiteres bei Meldung der Bestrafung für jedes Fuhrwerk gesperrt.

Idstein, den 22. Januar 1919.

Die Wegepolizeibehörde: Leichtfuß.

Wohnung zum 1. April zu vermieten. Sattler Rübsaamen.

Deutsche demokratische Partei.

Donnerstag, den 23. Januar, abends 7^{1/2} Uhr, findet in „Löwen“ eine

Öffentliche Versammlung

statt, in welcher Herr Rektor Breidenstein-Wiesbaden spricht über die

Preußische Landesversammlung

und Hr. Dr. Knischewsky-Wiesbaden über die

Aufgaben der preußischen Landesversammlung

Alle Wählerinnen und Wähler werden hiermit zu zahlreichem Besuche eingeladen.

Die Deutsche demokratische Partei Idstein.

A u f r u f !

Rassauische Landwirte, wählt zur Landesversammlung!

Am 26. Januar soll das preußische Volk durch die Wahlen zur Landesversammlung auch über seine Zukunft entscheiden. Es handelt sich ebenfalls um die Entscheidung der Frage, ob wieder geordnete Zustände im Lande geschaffen werden oder ob die Mächte des Umsturzes, die Feinde der Ordnung und des friedlichen Wirtschaftslebens zur Herrschaft gelangen sollen. Zweitens handelt es sich um die Entscheidung darüber, welche Gestalt die neue Verfassung erhalten soll. An dieser Entscheidung mitzuwirken, ist jedes Wahlberechtigten heiligste Pflicht.

Besonders große Interessen stehen für die Landwirtschaft auf dem Spiele! Ja, es handelt sich geradezu um die Frage, ob unsere Landwirtschaft weiter lebensfähig bleiben oder dem Untergang geweiht sein soll. Die Sozialdemokratie will die Umwandlung des Privateigentums an Grund und Boden — auch des bäuerlichen Grundbesitzes — in gesellschaftliches Eigentum (siehe Erfurter Programm). Was also von dieser Seite für die Landwirtschaft zu erwarten ist, bedarf keiner besonderen Erläuterung.

Für welche Partei gewählt werden soll, muß jeder nach seiner politischen Anschauung selbst entscheiden und demgemäß seine Haushaltsangehörigen beraten.

Für die jetzige Wahl ist es übrigens weniger wichtig, für welche bürgerliche Partei man wählt, als vielmehr, daß man überhaupt wählt, da der Landesversammlung die Aufgabe zufällt, Preußen zunächst eine neue Verfassung zu geben. Erst bei späterer Wahl wird es wichtiger sein, daß sich die einzelnen Berufsstände für eine bestimmte Partei, die ihren Bedürfnissen am ehesten gerecht wird, entscheiden.

Deshalb, rassauische Landwirte, bedenkt, was von jeder einzelnen Stimme am 26. Januar abhängt, bedenkt, daß die wohlorganisierte Sozialdemokratie jede Frau, jedes Mädchen über 20 Jahren am Wahltag zur Wahlurne bringt, und daß es heißt, sich ihr unterwerfen wenn man nicht ein Gleiches täte.

Wählt deshalb, um eure Zukunft gestalten zu helfen, Es geht um Haus und Familie, um Kirche und Schule, um eure Scholle, die ihr bisher als freie Bürger und Bürgerinnen bearbeitet habt und weiter bearbeiten wollt!

Darum darf keiner von Euch am Wahltag (26. Januar) fehlen; ihr würdet Euch sonst größter Pflichtverletzung schuldig machen.

Bedenkt, daß die sozialdemokratische Partei eure Interessen niemals vertreten hat und niemals vertreten wird.

Volksbüro Niedernhausen i. T.

(gegenüber Haus Dumcke im Kurviertel)
Fernspr. 52.

Rechtsauskünfte, Klagesachen, Einziehung von Forderungen, Gesuche aller Art, Versicherungen, Hypotheken- und Grundstücks-Verkehr, Privat-Auskünfte, Auskünfte in allen Versicherungsangelegenheiten.

Im Handelsregister A ist bei der offenen Handelsgesellschaft Michel und Morell in Bockenhäusen

der Chemiker Jakob Michel in Höchst a. M. an Stelle des verstorbenen Kaufmanns Karl Michel in Bockenhäusen als selbständig vertretungsberechtigter Mitinhaber neben dem Kaufmann Ferdinand Michel in Bockenhäusen eingetragen.

Idstein, den 8. Januar 1919.

Amtsgericht.

Holzversteigerung.

Dienstag, den 28. ds. Mts., vormittags 10 Uhr (franz. Zeit), kommt im Heftricher Wald Distrikt 36 Todteberg folgendes Gehölz zur Versteigerung:

700 rm meist Buchen Knüppelholz

9445 Stück Buchen meist Plänterweilen.

Heftrich, den 21. Januar 1919.

Guckes, Bürgermeister.

Obstbäume

starke Ware, nur gute, tragbare Sorten, empfiehlt
Theodor Seidel.

Schaf-, Kalb- und Ziegenfelle

kauft zu besten Preisen

G. F. Landauer-Donner,

Gerberei, Idstein i. T.

Im Ausbessern von Wäsche

empfiehlt sich außer dem Hause

Frl. Weg, Limburgerstr. 1.

Einen Wagnerlehrling

gesucht.

Wilhelm Hönge, Wagner, Vermbach.

Schreinerlehrling

wird in die Lehre genommen von

Karl Römer, Schreinermeister, Idstein.

Wahlen zur verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung.

Die Wahlen finden am Sonntag, den 26. Januar 1919 statt und zwar in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, soweit sie in Preußen wohnhaft sind — auch die Personen des Soldatenstandes — die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben.

Bei diesen Wahlen bildet die hiesige Stadt einen Stimmbezirk für sich. Der Wahlortsteher, sowie dessen Stellvertreter, sowie der Wahlraum bleiben dieselben wie bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Dies wird hiermit zur Kenntnis gebracht.

Idstein, den 17. Januar 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Mehl für Selbstversorger

kann morgen vormittags 8 Uhr an der Spritzenremise in der Kassegasse in Empfang genommen werden. Der Mahlohn wird später erhoben.

Butter.

Abgabe Donnerstag von 1^{1/2}—4 Uhr in sämtlichen Fleischverkaufsstellen. Zettelform Nr. 116 = 1/2 Pf. = 57 1/2 Pf.

Die Butterabgabe erfolgt regelmäßig Donnerstags nachmittags. Ein besonderes Ausschreiben wird für die Folge nicht mehr erlassen.

Karten-Ausgabe.

Die Ausgabe der

Lebensmittel-, Brot- und Reichsfleischkarten erfolgt Freitag nachmittags und zwar Brotkarten im Lebensmittelamt (Rathaus unterer Schalter) Fleischkarten im Rathaus (oberer Schalter).

Buchstabe	A B	1	Uhr
"	C D E F	1 1/2	"
"	G	2	"
"	H	2 1/2	"
"	I K	3	"
"	L M	3 1/2	"
"	N O P Q R	4	"
"	S T U V W X	4 1/2	"

Buchstabenfolge wird genau eingehalten.

Karten sind sofort beim Empfang nachzuzählen. Nachträgliche Reklamationen werden nicht berücksichtigt. Ersatz für verlorene Karten wird unter keinen Umständen geleistet. Wer Kinder schickt, tut das auf eigene Verantwortung.

Fleischkarten.

Die im Jahre 1913 geborenen Kinder erhalten anstelle der Kinderkarten volle Reichsfleischkarten. Idstein, den 22. Januar 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Ausweise.

Bei der Beantragung von Reise-Pässen dürfte folgendes zu beachten sein:

Bei einer Reise von nicht länger als 1 Tag ist stets ein weißes Formular, dagegen bei Reisen von mehreren Tagen ein rotes Formular zu benutzen.

Die einzureichenden Ausweise sind beiderseits vom Antragsteller auszufüllen, nur jeden Vormittag von 10 bis 11 Uhr im Rathaus am Schalter persönlich abzugeben und am folgenden Tag um dieselbe Zeit daselbst wieder in Empfang zu nehmen. Das Datum ist von dem Antragsteller nicht auszufüllen, sondern der Tag, an welchem die Reise stattfinden soll, dem Beamten am Schalter mitzuteilen.

Für Reisen nach Mainz und weiter sind nur noch große Formulare (Eauf-Conduit) zu verwenden, vollständig auszufüllen und mit Unterschrift und Photographie zu versehen.

In den nächsten Tagen werden die Legitimationskarten durch neue ersetzt und haben solche Personen, welche sich täglich außerhalb der Stadt aufhalten müssen (Ärzte, Arbeiter, Beamte, Geistliche usw.), diese neuen Ausweise im Rathaus abzuholen, auszufüllen und mit Unterschrift und Photographie versehen, daselbst zur Abstempelung und Unterschrift wieder vorzulegen.

Idstein, den 22. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Dankagung.

Für die überaus große wohlthuende Anteilnahme an unserem schweren unerwarteten Verluste sagen tiefgefühlten Dank.

Idstein, den 22. Januar 1919.

Frau H. Maronde Wwe.
Hans Maronde.

Verloren v. Oberlabbach über Göttsroth n. Idstein ein schw. Hörrohr. Gegen Belohnung abzugeben Limburgerstr. 38.